

Tagesordnung I Punkt 15.1 der öffentlichen Sitzung am 09. Februar 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0022

European Business School

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- (1) dafür Sorge zu tragen, dass das Land Hessen, als Eigentümerin der Liegenschaft „ehemaliges Amtsgericht“, die Moritzstraße in jedem Fall auf Grundlage des beschlossenen Bebauungsplanes zügig entwickelt und einer städtebaulichen Nutzung zuführt. Oberstes Ziel ist und bleibt die schnellstmögliche Belegung des Areals Moritzstraße.
- (2) zu berichten, inwieweit der Prozess der Ansiedlung der EBS (Law School) an der Moritzstraße fortgeschritten ist und welche Probleme die Vergabe des Bauauftrags verzögern.
- (3) zu klären, wie er im Falle einer möglichen Insolvenz der EBS die Verwertbarkeit der bestehenden dinglichen Sicherung einschätzt (gemäß Beschluss Nr. 0568 der StvV vom 13.11.2008).

Beschluss Nr. 0083

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 betr.

European Business School

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung mit der Bitte um weitere Veranlassung
Wiesbaden, .02.2012
2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2012

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister